

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Einzelnenpreis: Die Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 5 J., Reklame 15 J., Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 J. Beförd.-Geb., zus. 98 J. Zustellungsgeb.; d. Ag. gk. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabakt nach Tarif, der jedoch bei K 1.40 einschl. 20 J. Austrägergeb.; Einzeln. 10 J. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. hdb. Gewalt gerichtl. Eintr. od. Kontarfen insällig wird. Erfüllungsort Altenkeig. Gerichtsstand Nagold. ob. Betriebskdr. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg./Telegr. „Lannensbl.“/Tel. 321.

Nummer 175

Altenkeig, Dienstag, den 31. Juli 1934.

57. Jahrgang

Vor zwanzig Jahren

Vor Kriegsbeginn

Die ungeheure Erregung, die die Nachricht von dem Zitzermord in Serajewo ausgelöst hatte, war zunächst einer ruhigeren Betrachtungsweise gewichen, nachdem der diplomatische Apparat zu spielen begonnen hatte. Alle Hoffnungen waren zuerst auf eine friedliche Beilegung, dann zum mindesten auf eine örtliche Begrenzung des Streitfalls zwischen Oesterreich und Serbien gerichtet. Der Kaiser befand sich an Bord seiner Yacht „Hohenzollern“ auf seiner gewohnten Nordlandreise. Gegenstand größter Aufmerksamkeit war auf dem Welttheater neben der österreichisch-serbischen Spannung lediglich Vincencos Besuch beim Kaiser von Russland. Dieses Bild veränderte sich, als am 25. Juli bekannt wurde, daß Oesterreich-Ungarn eine kurzbestimmte Note an die serbische Regierung gerichtet hätte, und daß Serbien eine befriedigende Antwort dieser Note abgelehnt habe. Gefühlsmäßig sagte sich jeder, daß mit dieser Ablehnung die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in unmittelbare Nähe gerückt war, und die Tatsache unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn ließ kaum einen Zweifel darüber aufkommen, daß unsere Bündnisverpflichtung im Falle eines Krieges eingehalten werden würde. In den Großstädten kam es zu nationalen Kundgebungen, aber es veranstalteten auch die Sozialdemokraten Protestkundgebungen gegen den Krieg. Noch immer erhoffte man von dem Hin und Her der Botschafterberichte, der Verhandlungen und der Vermittlungsversuche eine friedliche Lösung in letzter Stunde.

Der 28. Juli brachte die Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien. Am 28. und 29. Juli machten sich die ersten Anzeichen einer starken Sorge vor dem, was kommen würde, bemerkbar. Tausende suchten aus Urlaub und Ferien zurück. Berängstigte Menschen suchten ihre Sparguthaben abzuheben. Auch in den folgenden Tagen hielt dieser Spartassensturm noch an, bis es endlich mit vieler Mühe gelang, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung stand nun die österreichische Mobilmachung und daneben vor allem die in diesem Augenblick noch nicht voll durchgeführte Haltung Rußlands. Der 31. Juli, ein Freitag, ein schöner sonniger Sommertag, ließ die letzte Hoffnung dahinsinken, daß die über Europa liegende Spannung noch auf friedlichem Wege beseitigt werden könnte. Rußland hatte mobil gemacht. Unter dem 30. Juli hatte ein Erlaß des Zaren die Reservisten in den meisten Gouvernements des Kaiserreiches zu den Fahnen gerufen. In Berlin stieg die Aufregung zur Siebehöhe. Der Kaiser hatte im Hinblick auf die russische Mobilmachung den Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen. Mit rasender Geschwindigkeit wälzten sich nun die Ereignisse ab.

Am 1. August nachmittags erschien unter den Linden im Kesselturm ein Bataillon eines Wachkommandos ein Oberleutnant vom Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiment. Durch einen Trommelwirbel ließ er sich Ruhe verschaffen, dann verlas er die Bekanntmachung des Oberkommandierenden in den Marken und Gouverneurs von Berlin, Generaloberst v. Kessel, der die Verhängung des Kriegszustandes über Berlin und die Provinz Brandenburg verkündete. Am Denkmal Friedrichs des Großen, vor dem Zeughauser und an anderen Stellen wurde die Bekanntmachung verlesen und vom Publikum teils mit schweigendem Ernst, teils mit Hurra-Rufen aufgenommen. In der ganzen Stadt waren an diesem Sonnabend die Lebensmittelgeschäfte von Tausenden von Frauen belagert, die sich mit Vorräten einzudecken suchten. Nachmittags um 5.15 Uhr erging der Mobilmachungsbehl. Wieder brandeten an den Mauern des Schlosses die vaterländischen Lieder empor, plötzlich und spontan abgelöst durch das von vielen tausend Kehlen gesungene Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“. In Scharen strömten die Menschen in den Dom zum Bittgottesdienst, immer stärker wird der Jubel zum Lustgarten. Gegen acht Uhr abends tritt der Kaiser an das große Fenster in der ersten Etage über dem Portal 4 des Schlosses, in stichtlicher Erregung redet er zur Menge und spricht dabei das historisch gewordene Wort, daß er keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche. Auch der Reichskanzler muß neue Forderungen entgegennehmen, auch er richtet vom Fenster aus eine Ansprache an die Menge, in der er nochmals in letzter Stunde die schwache Hoffnung durchblicken läßt, daß der Krieg uns noch erspart bleiben könnte.

Eine Hoffnung, die trotz, wie so viele Hoffnungen getrogen hatten! Das Verhängnis war nicht mehr aufzuhalten. Im vollen Bewußtsein seiner Schuldlosigkeit an allem, was vorangegangen war und was bevorstand, rüstete sich das deutsche Volk für den Waffengang. Sonntag, der 2. August war der erste Mobilmachungsstag. Der Krieg, der zum Weltkrieg werden und eine Welt zerstören sollte, war da!

Die Dolchmörder vor dem Militärgericht

Die Anklagerede des Staatsanwalts — Vernehmung der Hauptangeklagten

Wien, 31. Juli. Vor dem Militärgerichtshof fand am Montag die erste Verhandlung statt, und zwar gegen den Mörder des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, den 34jährigen Otto Planetta, und gegen den Anführer des Ueberfalls gegen das Bundeskanzleramt, den 29jährigen Franz Holzweber. Beide sind des Hochverratsplanes, überdies des Mordes angeklagt. Knapp nach 5 Uhr erschien der Gerichtshof im Saal. Den Vorsitz führte Oberst Kubin. Der Saal steht unter militärischer Bewachung. Zunächst wurden die beiden Angeklagten nach ihren Personalien befragt. Aus diesen geht hervor, daß beide unbescholten sind.

Hierauf erhob sich der Staatsanwalt zur Anklagerede, in der er etwa ausführte: Am 25. 7. fuhrten vor dem Ballhausplatz ein Personenauto und ein Lastkraftwagen vor, auf denen sich 150—200 als Militärpersonen verkleidete Männer befanden. Das Personenauto und vier Lastautos fuhren in den Hof des Bundeskanzleramtes ein. Die Insassen aller Wagen sprangen von den Autos, überwältigten die Militärwache und die Kriminalbeamten und stürzten die Stiegen hinauf, wo sie mit vorgehaltenen Pistolen in die verschiedenen Zimmer eindrangen. Der Türhüter Hedwiczek sah vom Fenster aus das Einfahren der Kraftwagen und hörte den Lärm. Er trachtete danach, zunächst den Bundeskanzler in Sicherheit zu bringen. Er traf den Bundeskanzler im Säulengang an und bat ihn, ihm doch so schnell wie möglich zu folgen. Er hatte die Absicht, ihn durch einen rückwärtigen Ausgang ins Freie zu führen. Während Hedwiczek den Bundeskanzler aufforderte, ihm zu folgen, wurden die zum Säulengang führende Tür von außen gewaltsam eingedrückt und zehn bis zwölf Auftrüher drangen in den Raum ein. Eine Flucht war nun nicht mehr möglich, da die Auftrüher ihre Pistolen ansetzten. Einer der Terroristen, so schilderte Hedwiczek den Anschlag auf den Bundeskanzler, hat, vor dem Bundeskanzler stehend, in dem Augenblick, als der Kanzler wie zur Abwehr die Hände über dem Kopf zusammenschlug, knapp hintereinander zwei Schüsse auf ihn abgegeben. Die weiteren Vorgänge konnte Hedwiczek nicht mehr verfolgen, weil er von den Leuten gezwungen wurde, die Hände hochzuhalten und sich mit dem Gesicht zur Zimmerwand zu stellen. Wie die bisherigen Erhebungen ergeben haben, blickt Dr. Dollfuß trotz seiner schweren Verletzungen noch einige Stunden am Leben und teilweise auch bei Bewußtsein, obwohl er erst nach 20 Minuten verstorben wurde. Gegen 3.45 Uhr nachmittags ist der Bundeskanzler seinen Verletzungen erlegen. An seiner Leiche wurden zwei Schußverletzungen festgestellt. Mehrere Verdachtsmomente lenkten sich auf Planetta, daß er die tödlichen Schüsse abgefeuert hat. Dieser gab auch zu, daß er einen, möglicherweise auch beide Schüsse auf den Bundeskanzler abgegeben hat. Er erklärte jedoch, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Bundeskanzler zu treffen, geschweige denn zu töten, umso weniger, als ausdrücklich die Parole ausgegeben worden sei, daß keinerlei Gewalttaten dieser Art, insbesondere Erschießungen, vorgenommen werden dürfen, ausgenommen in den dringendsten Notfällen.

Auf Antrag der Verteidigung unterbroch nach der Anklagerede der Vorsitzende die Verhandlung, um der Verteidigung die Möglichkeit einer Rücksprache mit den Angeklagten zu geben.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlung wurde vom Militärgerichtshof der Hauptangeklagte Planetta zuerst vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum Planetta in das Bundeskanzleramt eingedrungen sei, erwiderte der Angeklagte: „Auf Befehl!“ Er gab jedoch nicht an, auf wessen Befehl. Der Angeklagte erklärte sodann, daß er dem Bundesober bis zu seiner Entlassung wegen verbotener Betätigung für die nationalsozialistische Partei bis zum Jahre 1932 angehört habe. Zuletzt sei er Stadtwachmeister gewesen. Planetta gab nun eine genaue Darstellung seiner Anordnungen. Sein Kraftwagen war der letzte, der vor das Bundeskanzleramt kam und war die Wache bereits überwältigt. Planetta schilderte dann eingehend, wie er die Schüsse auf den Bundeskanzler abgegeben habe. Als er den Kanzler niedersinken sah, sei er sofort aus dem Zimmer geflohen, um Verdachtsmomente zu holen. Im Schluß seiner Vernehmung erklärte Planetta, es tue ihm sehr leid, daß er den Bundeskanzler erschossen habe.

Der Prozeß nahm nunmehr bei der Vernehmung des Angeklagten Holzweber eine aufsehenerregende Wendung. Es kam zunächst das Abkommen zwischen den Putschisten und den eingeschlossenen Regierungsmitgliedern auf freien Abzug zur Sprache. Der Verhandlungsleiter fragte den Angeklagten Holzweber: Hat bei der Uebergabeverhandlung Minister Fey schon von der schweren Verletzung des Bundeskanzlers gewußt? Angeklagter: Der Minister hat davon gewußt und auch den Bundeskanzler in seinem Blut liegen sehen. Auch Minister Neustädter-Stürmer hat durch Fey von der schweren Verletzung des Kanzlers Kenntnis erhalten. Minister Fey hat auch an das Heeresministerium um 2.30 Uhr telefoniert, daß der Kanzler im Sterben liege.

Minister Fey erklärte bei seiner darauffolgenden Vernehmung, daß die Angabe des Angeklagten Holzweber richtig sei;

er habe das freie Geleit unter Soldatenehrenwort zugesichert, wenn die Putschisten die Waffen strecken. Zu dieser Zeit habe er von dem Tode des Bundeskanzlers bereits gewußt. — Die Verteidiger beantragten die Vernehmung des Gefandten Dr. Kiehl.

Minister Fey schilderte die schon bekannten Ereignisse von der Befehung des Bundeskanzleramtes und die verschiedenen Gespräche mit dem sterbenden Bundeskanzler, dessen letzte Worte gelautet hätten: „Kein Blutvergießen, es soll Frieden gemacht werden!“ Der Minister fuhr fort: Am späteren Nachmittag ist dann Minister Neustädter-Stürmer vor dem Gebäude des Bundeskanzleramtes erschienen und hat im Namen der Regierung ein Ultimatum gestellt, daß das Haus zu räumen und die Gefangenen freizulassen seien, widrigenfalls gestürmt würde; andernfalls würde freier Abzug gewährt.

Vorsitzender: Sind an diesen anderen Fall Bedingungen geknüpft worden?

Minister Fey: Nein. Ich wurde dann neuerdings auf den Balkon geholt, um mit Minister Neustädter-Stürmer zu sprechen. Es ist dann noch mehrfach verhandelt worden.

Vorsitzender: Ist nicht die Vereinbarung sofort zurückgezogen worden, als bekannt wurde, daß der Herr Bundeskanzler tot sei?

Minister Fey (lebhaf): Nein! Der Minister schilderte dann den bekannten Hergang der Herbeiführung des damaligen deutschen Gefandten Dr. Kiehl, worauf der

Vorsitzende fragte: Haben Sie sich dafür eingesetzt, daß das Ueberkommen eingehalten wird?

Minister Fey: Ich habe mich dafür eingesetzt und darauf hingewiesen, daß diese Vereinbarung getroffen wurde.

Ein Verteidiger: Haben Sie nicht Ihr Wort gegeben, daß die Auftrüher freigelassen werden?

Vorsitzender: Diese Frage lasse ich nicht zu.

Minister Fey: Ich habe keinen Grund, diese Frage nicht zu beantworten. Bezüglich dieser Vereinbarung habe ich weder mein Wort noch mein Soldatenehrenwort gegeben, weil ich keine Vereinbarung treffen konnte. Diese Vereinbarung wurde zwischen Minister Neustädter-Stürmer und den Ausländischen getroffen. Ich habe lediglich als Dolmetsch fungiert. Richtig ist nur, daß der Angeklagte bew. andere Auftrüher mich gefragt haben, ob sie sicher sein können, daß die Vereinbarungen eingehalten werden, worauf ich erklärte: Ich glaube, daß Sie sicher sein können.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie sich Fey das erkläre, daß die Gefangenen nicht freien Abzug bekommen haben, erwidert der Minister: Später ist von Seiten der Regierungsmitglieder von dieser Bedingung gesprochen worden.

Darauf wurde Minister Neustädter-Stürmer vernommen. Dieser gab zuerst eine Darstellung des mit den Auftrüheren zustande gekommenen Abkommens und sagte weiter: Als der Hergang des Todes des Kanzlers bekannt wurde, hat der mittlere weile vor dem Bundeskanzleramt erschienenen Bundesminister Schulzmann gesagt: Da ergibt sich ja eine ganz neue Situation. Hier ist ja ein Mord geschehen. Infolgedessen wird die Regierung vollauf bis zur Klarstellung des Falles die gesamten Ausländischen in Gewahrsam nehmen.

Ein Verteidiger: Unbekümmert um das Schicksal des Bundeskanzlers war die Zusage des freien Geleites gegeben, wenn von da an nichts geschieht; das steht einwandfrei fest.

Bundesminister Neustädter-Stürmer: Ich möchte darauf hinweisen, daß ich mein Soldatenehrenwort gegeben habe. Ein Soldatenehrenwort gibt man Soldaten. Ich überlasse es dem Gericht, zu beurteilen, ob sich Soldaten so benommen hätten, daß sie ärztliche Hilfe und geistlichen Beistand eines Toderverwundeten verweigern.

Nachdem Johann noch Staatssekretär Karwinzta, der Polizeipräsident Stubl sowie der Diener, der bei der Erschießung des Bundeskanzlers dabei war, vernommen waren, beantragten die Verteidiger die Vernehmung des ehemaligen Gefandten Dr. Kiehl und des Bundesanwalts Dr. Schulzmann.

Nach 10 Minuten Beratung teilte der Vorsitzende mit, dieser Antrag sei abgelehnt. Die Verteidiger erklären darauf, außer Stande zu sein, auf Grund ihrer Ueberanstrengung weiter zu verhandeln. Sie hätten um Unterbrechung des Prozesses, als der Vorsitzende trotzdem weiter verhandeln zu wollen erklärte, kam es zu einer sehr erregten Szene. Die Verteidiger legten ihr Amt nieder.

Der Vorsitzende beantwortete diesen Schritt damit, daß er erklärte, er wolle Anzeige an die Rechtsanwaltskammer erheben. Die Verteidiger erwiderten, sie würden das selbst tun.

Mangels einer Verteidigung für die Angeklagten mußte der Prozeß unterbrochen werden. Es sind augenblicklich Verhandlungen im Gange, damit die Verteidiger ihr Amt Dienstags wieder übernehmen.

Die Verhandlung wird am heutigen Dienstagvormittag um 9 Uhr fortgesetzt werden.



Bereidigung der neuen österreichischen Regierung

Wien, 30. Juli. Der neuernannte Bundeskanzler Dr. Schuldnigg erwidert in den Nachstunden mit den Mitgliedern des Kabinetts beim Bundespräsidenten. Bundespräsident Miklos begrüßte die Herren in einer längeren Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Sie übernehmen ein großes Erbe, das politische Erbe des verewigten Bundeskanzlers Dr. Dollfuß. Führen Sie es in Ehren weiter, in seinem Sinn und seinem Geiste. Mit anerkennenden Worten gedachte der Bundespräsident der bisherigen Leistungen des Bundeskanzlers Dr. Schuldnigg, die eine volle Garantie dafür böten, daß der neubestellte Regierungschef die in ihm gesetzten Erwartungen voll und ganz erfüllen werde. Desgleichen dankte der Bundespräsident dem Vizekanzler Starhemberg für die zielbewußte und energische Führung der Regierungsgeschäfte seit dem Tode des verewigten Bundeskanzlers. Hierauf legten der Bundeskanzler und die neuernannten Bundesminister und Staatssekretäre den Eid auf die Verfassung ab. Nach der Bereidigung gelobte Dr. Schuldnigg die Führung der Regierungsgeschäfte im Sinne des unvergesslichen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß zum Wohle des Vaterlandes zu führen.

Die Kämpfe in Kärnten

Eine uneinnehmbare Felsenstellung der Aufständischen

Wien, 30. Juli. Ein sehr interessanter Bericht traf am Montag aus Kärnten ein. Während im allgemeinen die Ruhe im ganzen Bundesgebiet wieder hergestellt ist, haben sich 300 Aufständische unter Führung des gräflich Thurn'schen Försters Josef Wölz auf dem Kahlenstein an einer heißen Felsstufe an der südwestlichen Grenze festgesetzt. Sie weigern sich, sich zu ergeben und haben die fast uneinnehmbare Felsenstellung schwer verschanzt. Von südwestlicher Seite aber, wo der Zugang leichter ist, werden sie von den Bewohnern mit Nahrung versorgt. Die Heeresgruppen haben Parlamentäre zu Wölz geschickt mit der Aufforderung, er möge sich ergeben. Wölz wies dieses Ansinnen ab und erklärte, daß er bestimmt wisse, die Sache der Aufständischen stände knapp vor dem Siege. Augenblicklich lauten Verhandlungen zwischen der österreichischen und der südwestlichen Regierung, um die Einziehung von Artillerie auf österreichischer Seite zu ermöglichen. Es besteht nämlich die Gefahr, daß abirrende Geschosse auf südwestlichen Boden niedergehen. Bis jetzt scheint die Genehmigung von der südwestlichen Regierung noch nicht erteilt worden zu sein. Der Sicherheitsdirektor von Kärnten, Oberst Barner, hat sich mit dem Stabe der ganzen Kärntner

Heeresgruppe zum Kampfplatz begeben. Die Möglichkeit einer Gefangenahme besteht überhaupt nicht, da eine Umzingelung der Aufständischen nicht durchgeführt werden kann. Man will die Aufständischen nur auf südwestliches Gebiet drängen.

550 Aufständische überschreiten die südwestliche Grenze

Belgrad, 30. Juli. Das „Deutsche Volksblatt“ in Neufaj berichtet aus Karburg an der Drau, daß 550 Aufständische aus Kärnten die südwestliche Grenze überschritten hätten. Sie hätten den südwestlichen Behörden 200 Infanteriegewehre, ein Maschinengewehr und eine große Anzahl von Revolvern ausgeliefert. Die Waffen seien österreichische Militärgewehre, die in italienischen Fabriken umgearbeitet worden seien. Die „Gromba“ berichtet, daß die Flüchtlinge nach Karasadin in Kroatien gebracht worden seien. Unter ihnen befänden sich Professoren, Lehrer, Ärzte und Rechtsanwälte. Mehr als die Hälfte seien jedoch junge Leute unter 20 Jahren. Viele von ihnen hätten keinen Pfennig bei sich und trügen die Kleider ihrer Arbeitshätten, die sie bei Ausbruch der Revolte plötzlich verlassen hätten.

Lager für österreichische Aufständische in Kroatien

Belgrad, 30. Juli. Die Blätter berichten aus Karasadin in Kroatien, daß dort ein großes Lager für die österreichischen Aufständischen, die die südwestliche Grenze überschritten haben, errichtet wird. Man rechnet damit, daß 800 bis 1000 Mann untergebracht werden sollen. Bisher sind, wie bereits gemeldet, etwa 500 Mann eingetroffen. Sie wohnen vorläufig in einer Schule.

Sämtliche Blätter haben Berichterstattung nach Karasadin entsandt und veröffentlichten jetzt Unterredungen mit einzelnen Aufständischen. Aus den Berichten geht übereinstimmend hervor, daß die Revolte in Oesterreich nicht vorbereitet war, sondern bei den Aufständischen selbst die größte Ueberzeugung auslöste. Die Flüchtlinge stammen aus dem Lavantale in Kärnten und haben an den Kämpfen um Wollberg teilgenommen. Sie erzählen, daß sie durch ein Manöver des Bundesheeres zum Rückzug gezwungen worden seien. Eine Gruppe von 500 Mann sei aus Versehen auf südwestliches Gebiet geraten und habe die Waffen ablegen müssen. Eine andere Gruppe habe knapp an der Grenze Stellungen beziehen können und lehnte den Kampf fort. Berichte aus den Grenzgebieten bestätigen, daß in Kärnten tatsächlich noch gekämpft werde.

Immer noch die österreichische Frage

Erklärung der südwestlichen Gesandtschaft in Berlin

Berlin, 30. Juli. Die südwestliche Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Gegenüber den Ereignissen in Oesterreich ist der Standpunkt der südwestlichen Behörden vollständig korrekt. Es wird eine strenge Kontrolle an der Grenze vorgenommen und von irgend welchen Zwischenfällen oder Provolationen kann keine Rede sein. Bisher sind 700 österreichische Flüchtlinge auf der Linie Maribor—Draungrad (Karburg—Draunburg) mit 200 Gewehren, einem Maschinengewehr und einigen Revolvern festgenommen, sofort entwaffnet und interniert worden. Die Bewegungen an der Grenze werden mit offenen Augen beobachtet und es wird allen Stellen zur Pflicht gemacht, die Ruhe zu bewahren. Es wurde alles Notwendige veranlaßt, um die Sicherheit der Grenze zu gewährleisten und die korrekten Beziehungen zu Oesterreich aufrechtzuerhalten. Die südwestliche Regierung ist der Ansicht, daß im Falle besonderer Bewilligungen einzig und allein der Völkerverbund zuständig ist, um über die österreichische Frage als internationales Problem zu entscheiden. Jede andere einseitige Maßnahme bzw. eine Intervention wäre eine Verletzung der Friedensverträge und könnte weitere Folgen hervorrufen.

Prager Anbehalten über die Entwicklung der italienischen Politik

Prag, 30. Juli. Auch in der tschechoslowakischen Regierungskreise beginnt sich die Besorgnis gegenüber einem wachsenden Einfluß Italiens in Oesterreich abzuzeichnen. So gibt der bekannte Vorkämpfer der dem Prager Außenministerium nahe stehenden „Lidove Doping“, Hubert Ripka, einen großen Teil der Schuld an der Entwicklung in Oesterreich der Tatsache, daß sich durch italienischen Einfluß das Regime Dollfuß dem Austro-Faschismus in die Arme geworfen habe. Der europäische Friede werde nicht durch Diktatoren, sondern einzig und allein durch die Kraft der Demokratie aufrecht erhalten.

Das „Zeit Fondesin“, das Montagblatt der tschechisch-nationalen Sozialen, der Partei des Außenministers, äußert sich: Eine Regierung, die sich nur auf die Heimwehren stützen wollte, hätte hinter sich eine Minderheit und zwar noch dazu eine solche, die sich schwer zur Tat entschließen könne. Weiter schreibt das Blatt, Starhemberg müsse abgelehnt werden, da er kein Staatsmann sei und außerdem ständig mit den Habsburgern kollidiere. Eine Rückkehr Ottos auf den österreichischen Thron sei unmöglich und würde unbedingt internationale Komplikationen hervorrufen.

Italienische Unaufrichtigkeiten

Mailand, 30. Juli. Die italienische Presse legt ihren antideutschen Feldzug mit unerminderter Heftigkeit fort und überschlägt sich vor Joren über die kräftige Zurückweisung ihres Tones durch deutsche Zeitungen. In allen Zeitungen erscheint überdies der Artikel des „Giornale d'Italia“, der die Verantwortung Deutschlands am Tode Dollfuß auf Grund von „Beweismaterial“ darzulegen soll. „Die internationale Situation“, so schreibt das Blatt, „näht sich einer Klärung. Die Hauptgesichtspunkte sind die folgenden: Die Unabhängigkeit Oesterreichs ist gefährdet vor allem durch den Willen des Volkes (1) Herr, Heimwehr und Vaterländische Front händen hinter der Regierung. Bei den Aufständen in Tirol, Steiermark und Kärnten handle es sich um vereinzelt Versuche. Italien werde keine diplomatischen Schritte unternehmen und sich auch nicht an einem etwaigen Kollektivschritt beteiligen. Das sei nicht faschistischer Stil. Italien ziehe die konkreten, direkten Aktionen vor, die den Horizont ge-

klärt hätten. Oesterreichs Anabhängigkeit sei eine der Bedingungen des Friedens in Europa. Deutschland könne zurückgeben, was es für gut und planmäßig erachte, im Ozean, im Orient, im Norden und in den Kolonien, aber es könne keine Rechte, weder aus dem Kriege noch aus dem Frieden auf Oesterreich herleiten. Das sei ein unabhängiger und souveräner Staat gewesen und werde es bleiben.“

Es folgen dann neue schulmeisterliche Zurechtweisungen der deutschen Presse.

Simon gegen eine Aktion wegen Oesterreich

London, 30. Juli. Auf Unterhausanfragen über Oesterreich teilte Simon mit, daß Montag früh eine neue österreichische Regierung gebildet worden sei. Die letzten Berichte deuteten an, daß vereinzelt Kämpfe weiterhin in entfernteren Bezirken im Gange sind. Auf die Frage eines Mitgliedes des Parlamentes, welche Schritte die britische Regierung unternehme und zu unternehmen beabsichtige, um die Anabhängigkeit Oesterreichs zu wahren, erklärte Simon: „Die Regierung verfolgt weiterhin sorgfältig die Lage. Es ist aber von Seiten der Regierung keine Aktion erforderlich oder in Erwägung. Letzten Februar und wieder vor kurzem erhielt ich von der österreichischen Regierung eine Sammlung von Material, das einen beträchtlichen deutschen Einfluß in der Propaganda gegen die österreichische Regierung und einer Reihe von auf österreichischem Gebiet begangenen Verbrechen andeutet. Dieses Material wurde von der österreichischen Regierung auch der italienischen und der französischen Regierung übermittelt. Bei der Bekämpfung des Empfanges dieser Mitteilungen unterrichtete ich den österreichischen Gesandten dahingehend, daß die britische Regierung nicht die Absicht habe, in die Angelegenheiten irgend eines anderen Landes einzugreifen und daß sie voll das Recht Oesterreichs anerkenne, zu fordern, daß keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten von irgend einer anderen Seite erfolgt.“

Mobilmachung der Kleinen Entente bei Wiedereinsetzung der Habsburger

Paris, 30. Juli. Zu den aus englischer Quelle stammenden Gerüchten, daß man in gewissen österreichischen Kreisen ernstlich an die Wiederherstellung der Monarchie denke, bemerkt das „Echo de Paris“: Die französische Regierung hat sich mit der Kleinen Entente vor einigen Wochen dahin verständigt, daß die Wiedereinsetzung der Habsburger Monarchie ausgeschlossen sei. Sie würde ihre Ansicht hierüber nicht ändern können, ohne ihre Beziehungen zur Tschechoslowakei, Südslavien und Rumänien zu gefährden, die nicht zögern würden, mobil zu machen, wenn die Lösung der Frage durch Wiedereinsetzung der Habsburger Gestalt annehmen sollte.

Französische Stimmen zu Wien

Paris, 30. Juli. „Paris Midi“ äußert sich als erstes Pariser Blatt über das neue österreichische Kabinett. Im Kampfe um die Macht habe Schuldnigg über Starhemberg den Sieg davongetragen. Doch sei die Zusammensetzung der Wiener Regierung uneinheitlich. Die Hauptpersönlichkeiten des Kabinetts belämpfen sich schon jetzt aufs allerheftigste. Bisher habe die Persönlichkeit Dollfuß doch eine Homogenität der Regierung ermöglicht. Nachdem er verschwunden sei, befänden nur noch Ueberreste eines Ministeriums. Schuldnigg vertrete die Christlich-Sozialen und betreibe die Politik des Papsttums. Um vorüber zu räumen

den und Starhemberg, beide Männer der Tat, aber keine großen Politiker, die, um zur Macht zu gelangen, sich auf gefährlichste Verhandlungen einließen. Von einer 300 000 Mann starken Heimswehramee unterstützt, beanspruchten sie die Nachfolge Dollfuß' für sich und wollten eine Politik führen, die eindeutig gegen die Sozialisten und sogar gegen die Arbeiterklasse gerichtet sei. Sie würden also Unterstützung bei den Nationalsozialisten suchen müssen. Schuldnigg müsse aber mit dem linken Flügel der Christlich-Sozialen rechnen. Er könne also nicht umhin, den Bruch mit den Nationalsozialisten aufrechtzuerhalten. So händen sich beide Richtungen in heftigem Gegensatz gegenüber.

Ueber die internationale Lage äußert sich der „Excelsior“. Die italienische Regierung sei immer mehr gegen einen gemeinsamen Schritt der Mächte in Berlin, und zwar nicht aus Gefälligkeit gegenüber Deutschland, sondern im Gegenteil, weil Mussolini immer mehr entschlossen sei, zu handeln, aber nicht zu sprechen. In Paris sei man, so fährt das Blatt fort, ebenso entschlossen und argwöhnlich wie schon in den letzten Tagen. Die französische Regierung, die in vollem Einvernehmen mit London und Rom handeln wolle, wolle jeden Ansehen vermeiden, als ob sie etwa ungeduldig darauf warte, direkt einzugreifen.

Das „Petit Journal“ weist auf die Gefahren einer einseitigen Intervention hin, eine Gefahr, über die man sich vor allem in Prag, Bukarest und Belgrad klar sei. Italien habe sich in Richtung vorgezogen, während Großbritannien noch zögere. Frankreichs Rolle bestehe darin, die verschiedenen Auffassungen praktisch miteinander in Einklang zu bringen, um der gemeinsamen Aktion die erforderliche Wirksamkeit zu verleihen, ohne daß man deshalb in Belgrad, Bukarest oder Prag noch länger beunruhigende Gespenster heraufbeschwöre.

„Le Nouvelliste“ drückt den Wunsch aus, daß niemand die Initiative ergreifen möge, das Pulverfaß anzuzünden.

Papens europäische Mission

In dem dunklen Gewölbe, das sich erneut über Oesterreich ausgebreitet hat, zeigt sich ein Lichtblitz, der uns hoffen läßt, daß sich das wärmende Licht freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich allmählich durchdringen wird. Wir denken hier an den Auftrag, den der Führer in seinem Schreiben dem Vizekanzler von Papen erteilt hat. Seine Entsendung auf den sich verwaisten Gesandtenposten in Wien wird in ihrer Bedeutung zunächst durch zwei mehr äußerliche Umstände ins rechte Licht gerückt. Papen wird von seinen Aufgaben im Reichskabinett entlastet und erhält einen Sonderauftrag für eine bestimmte Zeit. Das zweite ist, daß Papens Stellung in Wien nicht als ein Stein in dem normalen diplomatischen Gebäude des Reiches anzusehen ist, daß er also nicht wie jeder andere Diplomat dem Auswärtigen Amt, sondern dem Reichskanzler unmittelbar untersteht. Seine Berichte gehen nicht, wie die eines etatsmäßigen Gesandten oder Botschafters an das Auswärtige Amt, und von dort erst zur Reichskanzlei, sondern ohne Umwege an den Reichskanzler persönlich. Mit ihm pflegt er unmittelbaren Gedankenaustausch, und von ihm erhält er die allgemeinen Richtlinien für sein Gesamtwirken und die jeweiligen Anweisungen in besonderen Fällen. Daraus ergibt sich weiter, daß der bisherige Vizekanzler das besondere Vertrauen des Führers genießt und daß der Führer ihm eine besondere Eignung für die Aufgaben zuspricht, die seiner in Wien harten werden.

Papens Aufgabe besteht darin, den Wunsch des Führers zu verwirklichen,

„wenn möglich zu einer Entspannung der Gesamtlage beizutragen und insbesondere das seit langem getriebene Verhältnis zu dem deutsch-österreichischen Staate wieder in normale und freundschaftliche Bahnen geleitet zu sehen.“

Der Führer gibt in diesen Worten, in denen er sich mit dem deutschen Volke einigt, zu verstehen, daß er bereit ist, alles das, was früher zwischen Deutschland und Oesterreich getrieben hat, im Schoße der Vergangenheit ruhen zu lassen und einen Weg zu suchen, auf dem sich die Bruder-völker wieder mit Verständnis und Vertrauen begegnen können. Denn das sind wir gewiß, daß über allem, was uns in der Vergangenheit trauerte, auf beiden Seiten Schmerz und Trauer darüber walteten, daß zwei Völker, die von Natur durch die Bande des Blutes eins sind, getrennte Wege wandeln und zeitweilig in Formen miteinander verfehren mußten, die sonst nur aus der Geschichte sprichwörtlicher Erbfeinde bekannt sind. Wenn man diesen beklagenswerten Zustand auf seine geschichtlichen Wurzeln hin verfolgt, dann findet man diese Wurzeln in den verhängnisvollen Zerplitterungstendenzen der sogenannten Friedensverträge, die nicht den Frieden und die europäische Gemeinschaft, sondern nur Zwietracht und Gegenätze geboren haben. Und die Väter dieser Bestimmungen haben in den vergangenen vierzehn Jahren keine Gelegenheit veräußt, zwischen Oesterreich und Deutschland immer neue Zwietracht zu säen. Lange Jahre hindurch blieben diese dunklen Mächte auf Augenblickserfolge beschränkt, und es gelang ihnen nicht, einen haltbaren Keil in die deutsch-österreichischen Beziehungen zu treiben, bis sie in dem Bundeskanzler Dollfuß ein willfähiges Werkzeug fanden. Seitdem trennten sich die Wege der beiden Bruder-völker, und auf österreichischem Boden schlugen fremde Einflüsse feste Wurzeln; denn das Regiment des Bundeskanzlers Dollfuß gab allzu willig den gleisnerischen Stimmen Gehör, die zu ihm aus dem Auslande herüberhallten, und er vergaß darüber ganz die nüchterne Ueberlegung, ob diese Stimmen, wie sie versicherten, einem echten Freundschaftsgefühl entsprangen oder ob sie vielleicht nur dazu dienen sollten, das deutsche Gewissen Oesterreichs zu beschwichtigen und Volk und Regierung eigenmächtig fremden Mächten dienstbar zu machen.

Dem bisherigen Vizekanzler ist also die doppelte Aufgabe gestellt, die natürliche Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich wieder herzustellen und zugleich durch dieses Werk der Versöhnung dem europäischen Frieden zu dienen. Papens Entsendung durch den Führer ist demnach nicht nur eine freundschaftliche Geste zum Nachbarn hin, sondern ausschließlich zugleich einen programmatischen Inhalt von europäischem Gewicht. Sie ist, wie die „Leipz. N. Nachrichten“ schreiben, eine Tat der Verständigungsbereitschaft und des Friedenswillens und muß so schließlich auch von denjenigen verstanden und gewürdigt werden, die im Augenblick leider mehr einer verblendeten Leidenschaft als dem einzigen und wirklichen Ziele Europas dienen: Dem Frieden!

Wiederankündigung der Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Berlin, 31. Juli. Der Stellvertreter des Führers veröffentlicht im „Völkisch Beobachter“ eine Bekanntmachung, in der die Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft wieder angekündigt wird. Darin heißt es u. a.:

Vor einem Jahr, am 1. Juni 1933, wurde die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft ins Leben gerufen. Die Spende, die unter der Leitung eines Kuratoriums mit dem Vorsitz von Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach steht, hat dem Führer Mittel für die Durchführung des nationalen Wiederaufbauwerkes zur Verfügung gestellt. Am 31. Mai 1934 ist das erste Spendenjahr abgelaufen. Das Kuratorium der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ hat beschlossen, dem Führer für ein weiteres Jahr die Spende zur Verfügung zu stellen, um ihm auch auf diese Weise die Dankbarkeit der deutschen Wirtschaft für den Wiederaufbau des Reiches zu bezeugen.

Der Stellvertreter des Führers erläßt dazu eine Anordnung an alle Angehörigen, Dienststellen, Einrichtungen und Organisationen der NSDAP, in der es u. a. heißt:

Anlässlich der Weiterführung der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ vom 1. Juni 1934 bis 31. Mai 1935 erneuere ich das im August 1933 erlassene Sammlungsverbot. Auf Grund der zwischen der Reichsleitung der NSDAP und Beauftragten der deutschen Wirtschaft getroffenen Vereinbarungen verbiete ich allen Angehörigen, Dienststellen, Einrichtungen und Organisationen der NSDAP, das Sammeln von Geldbeträgen und Sachspenden bei allen Unternehmungen und Verbänden der Wirtschaft, die sich an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ beteiligen.

Weihestunde am 2. August im Berliner Lustgarten

Berlin, 30. Juli. Zur Erinnerung an den Kriegsausbruch findet am 2. August im Lustgarten eine militärische Gedenkfeier statt.

Hieran nehmen außer den Truppenteilen der Garnison Groß-Berlin und den Reichs- und Staatsbehörden Ehrenabteilungen der Landespolizei, der Schutzpolizei, der nationalsozialistischen Verbände, des Reichsbannerbundes, des Reichstreubundes, des Arbeitsdienstes und der HJ. teil.

Die Weihestunde beginnt um 20 Uhr mit dem Einmarsch der Fahnen-Kompagnie und der Fackelträger.

Als Geistliche sprechen: der ev. Wehrkreisparter Vic. D. Schüb, der kath. Wehrkreisparter Lang.

Dann folgt die Ansprache des Befehlshabers im Wehrkreis III, Generalmajor v. Witzleben.

Die Veranstaltung wird durch Darbietungen der vereinigten Reichswehrkapellen unter Leitung des Heeresmusikinspektors, Prof. Schmidt, feierlich umrahmt. Sie schließt gegen 20.45 Uhr mit dem großen Zapfenstreich.

Die Veranstaltung wird durch Rundfunk übertragen.

Baldwin vor dem Unterhaus

London, 30. Juli. Im Unterhause brachte am Montag die Arbeiteropposition einen Tadelantrag gegen die Außenpolitik der Regierung ein, die, wie es in dem Antrag heißt, „sicher die Aussichten internationaler Abrüstung gefährdet und ein Wiederaufleben der Gefahren, sowie einen verheerenden Wettbewerb zur Vorbereitung eines Krieges fördern wird“.

Als erster Redner legte der H. Premierminister Baldwin die Grundzüge dar, die die Regierung in ihrer Politik geleitet haben. Er wies auf die Schwierigkeiten der Erzielung eines Abrüstungsabkommens hin, die, wie er erklärte, sehr gewachsen seien, „nicht nur durch die Abwesenheit Deutschlands von den internationalen Beratungen, sondern auch wegen der Tatsache, daß während des ganzen Jahres nur wenig Wahrscheinlichkeit bestand, Deutschland zu bewegen, sich in der nahen Zukunft von neuem an diesen Erörterungen zu beteiligen“. Dazu komme noch, daß Ereignisse in verschiedenen Gebieten Europas eingetreten seien, die ein größeres Gefühl des Unbehagens in Europa, als man es bisher empfunden habe, erzeugt hätten: Im Saargebiet, in Memel und in Danzig (?) hätten beunruhigende Ereignisse stattgefunden und die kürzlich tragischen Zwischenfälle in Deutschland selbst und schließlich in Oesterreich hätten gezeigt, daß im Auslande, in Teilen Europas, ein Geist herrsche, der eines Tages die Aufgabe, auf die heute unsere Gedanken gerichtet seien, unerreichbar machen werde. Die Zukunft, so fuhr Baldwin fort, sei ebenso unsicher, wie die unmittelbare Vergangenheit es war. Man könne noch nicht sagen, ob die Bildung jenes Ostabkommens, das bei dem britischen Parlament und bei der britischen Regierung Anklang gefunden habe, erfolgreich sein werde. Ein anderer Faktor, dessen Ergebnisse einen wichtigen Einfluß auf die gesamten Fragen ausüben müßte, sei der Erfolg bzw. Mißerfolg der im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen in Frankreich.

Baldwin begründete die englische Aufrüstung mit den Erhöhungen der Luftstreitkräfte bei den andern Mächten im einzelnen. Ohne Vermehrung der Luftstreitkräfte werde England sicher zu keiner wirksamen Mitarbeit in irgend einem System kollektiver Sicherheit unter dem Völkerbund fähig sein. Es sei eine bedauerliche Tatsache, daß die Nationen, die an Abrüstungsverhandlungen teilnahmen, „aber die versuchen, diesen neuen Pakt zu vereinbaren“, selbst in irgend einer Weise nicht von einem Wiederaufrüsten absehen. Nachdem Baldwin erneut betont hatte, daß England nicht im Rückstand bleiben, sondern dem Beispiel anderer Länder folgen müsse, fuhr er fort: So weit er seine Befähigung seine Gewähr, daß der Frieden in der unmittelbaren Zukunft betroffen wird. Die Regierung habe keine neuen Bindungen übernommen. Ihre Politik sei, neue Bindungen zu vermeiden. Sie müsse aber die Luftwaffe vermehren, wenn sie in der Lage sein soll, im Notfall die bestehenden Bindungen zu erfüllen. Ohne die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der britischen Luftverteidigung würde England in einigen Jahren unfähig sein, die Locarno-Verpflichtung durchzuführen. Unter Beifall erklärte Baldwin, „man dürfe niemals vergessen, daß seit den Tagen der Bezwingung der Luft die alten Grenzen verschwunden seien, daß, wenn man an die Verteidigung Englands denke, man nicht mehr an die Kreidelinien von Calais denke, sondern an den Rhein (!). Dort liegt heute unsere Grenze“. Die Rede Baldwins löste im Unterhause großen Beifall aus.

Stiftungsmäße Neuwahlen im Memelgebiet?

Kowno, 30. Juli. Die Auflösung des memelländischen Landtages wird amtlich bestätigt. Begründet wird die Maßnahme damit, daß der Landtag durch Sabotage der Abgeordneten während der Sitzung am vergangenen Freitag seine Arbeitsunfähigkeit erwieisen habe. Nach dem Statut werden Neuwahlen spätestens in sechs Wochen stattfinden. Es steht jedoch noch nicht fest, ob der Gouverneur diese Bestimmung des Statuts einhalten wird. Wie verlautet, würde dieser, gestützt auf den Staatsnotstand, die Wahl wahrscheinlich verschieben.

Dieses Vorgehen ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der Entrechtung der memelländischen Bevölkerung. Der Landtag ist bekanntlich von dem Gouverneur beschlagnahmt gemacht worden durch zahlreiche Mandatsentziehungen der memelländischen Parteien, unter anderem sind 22 Vertretern der Landwirtschaftspartei eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung die Mandate entzogen worden, ferner sind auf Weisung des Gouverneurs die fünf litauischen Abgeordneten von der Sitzung ferngehalten. Die Maßnahmen des Gouverneurs sind erfolgt, um dem früheren Nichtauftritt des Landtages gegenüber dem litauischen Direktorium zu entsprechen. Da die Bevölkerung bei einer Neuwahl sich bestimmt nicht zugunsten des litauischen Direktoriums aussprechen würde, scheint Herr Konas die Bestimmung des Statuts über den verfassungsmäßigen Zutritt eines neuen Landtages mißachten zu wollen. Eine nicht stiftungsmäße Abhaltung würde die litauischen Rechtsbrüche um ein neues Glied vermehren.

Französisch-italienische Verhandlungen über die Kolonialfrage

Paris, 30. Juli. Der „Petit Parisien“ bezeichnet das in London verbreitete Gerücht über den Abschluß eines französisch-italienischen Kolonialabkommens als verfrüht. Man verhandele allerdings über die Grenzziehung in Tripolis, aber die letzte Unterredung zwischen dem französischen Außenminister und dem italienischen Botschafter in Paris habe sich mehr auf die Ereignisse in Oesterreich bezogen. Inmerhin werde zwischen Paris und Rom über die Kolonialfrage weiter verhandelt, um den Boden für den im Oktober in Aussicht genommenen Besuch Barthous in Rom zu bereinigen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 31. Juli 1934.

Die Ernte, die draußen des Schnitters harret, verspricht trotz der geringen Niederschläge einen reichen Ertrag. Aus den Drußhergebnissen des Unterlandes, wo die Ernte meist reiflos eingebracht ist, ergibt sich, daß die heutige Ernte außerordentlich gut ausfällt, wenn auch der Strobertrag etwas geringer ist, als im letzten Jahr. Auch im Schwarzwald steht die Ernte gut. Der heutige Jahrgang zeigt besonders wieder den Wert guter Böden und gut gedüngter Acker, denn überall da, wo diese Voraussetzungen gegeben sind, steht das Getreide prächtig. Gefallen ist das Getreide heuer fast nirgends, so daß diese Schäden heuer ganz ausbleiben. So blüht der Bauer heuer besonders dankbar auf die Ernte, die ihm das tägliche Brot wieder bringt und geht mit Freuden an das Erntegeschäft.

Glocken läuten am 2. August. Am 2. August, von 12.00 bis 12.15 Uhr werden die Glocken aller evangel. Kirchen zur Erinnerung an die Gefallenen geläutet. In Gemeinden, in denen Feldgottesdienste stattfinden, an denen sich die Bevölkerung beteiligen kann, werden sich für die Regel besondere Feiern erübrigen. In andern Gemeinden sind gottesdienstliche Andachtsstunden zu veranstalten. Wo in kleineren, besonders ländlichen Gemeinden eine besondere Feier aus den Verhältnissen sich nicht ergibt, ist die Erinnerungstunde auf den darauffolgenden Sonntag zu verlegen. Die Kirchen des alten und neuen Reiches.



Probieren Sie **Dr. Oetker's Bauernfleisch-Puddingpulver** aus deutschen Rohstoffen in bewährter Oetker-Qualität!

Baldorf, 30. Juli. (Der erste Erntewagen.) Bergangenen Donnerstag wurde auch hier der erste Erntewagen feierlich eingeholt und unter Glockengeläute auf den Rathausplatz geleitet. Zuerst hielt Pfarrer Mejer Schmidt die Erntebestunde ab, hierauf sprach Ortsbauernführer Chr. Balz über Sinn und Bedeutung der Handlung. Seine Ausführungen klangen aus in einem dreifachen „Sieghell“ auf unseren Volkstanzler Adolf Hitler und den großen Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg, in das die zahlreich Anwesenden begeistert einstimmten.

Calw, 30. Juli. Der Calwer „Viederkranz“ konnte in der Abteilung „Einfacher Kunstgejang“ beim Viedertag in Heilbronn bei durchweg sehr beachtenswerten Leistungen die Rote „Gut“ erringen. Im ganzen Kreisbis-Ragold-Gau mit seinen circa 100 Vereinen war Calw der einzige Verein, der sich für den Kunstgejang gemeldet hatte. Es war ein harter Kampf um die Siegespalme. Nur durch sorgfältige und wirklich zielbewusste Kleinarbeit, die Chorleiter Schrafft in den letzten Monaten mit seiner gut disziplinierten Sängerschaft durchführte, war es möglich, das groß angelegte Chorwerk unseres Heimatkomponisten Bud zum Gelingen zu bringen. Die Sänger wurden am festlich beleuchteten Calwer Bahnhof herzlich bewillkommt. Zum Empfang hatten sich auch Landrat Nagel und Kreisleiter Wurtler eingefunden. Feuerwerkskörper wurden abgebrannt, und jeder Sänger erhielt von den Damen des Frauenchors ein Sträußchen.

Höfen a. Enz, 30. Juli. Ein ganz gemeiner Gartenschädling macht sich seit einigen Tagen an den Secklingen des Endivie- und Kopfsalats bemerkbar. Es ist dies die Erdraupe (3-4 Zentimeter großer, schwarzgrauer Engerling), eines Schmetterlings und zwar der Adereule, Agrotis segetum. Sie frißt bei Nacht das Herz der Pflanze aus, so daß diese unfehlbar zugrunde geht. Hebt man nun morgens an der betreffenden Stelle mit einem Rinderhäufchen den Boden 5-10 Zentimeter tief aus, so erwischt man den Missetäter und kann ihn vernichten. Im andern Fall — die Raupe tritt nicht einzeln auf — wird innerhalb ganz kurzer Zeit das größte Salatbeet vollständig ausgefressen sein.

Stuttgart, 30. Juli. (Württ. Hochschule für Musik.) Bei den Prüfungen zur Erlangung eines Befähigungszeugnisses als akademisch gebildeter Musiklehrer ist das Diplom zuerkannt worden: Im Hauptfach Klavier 16, im Hauptfach Violine 2 und im Hauptfach Gesang 4 Studierend. Bei der Prüfung für die künstlerische Reife erhielten das Reifezeugnis 2 Studierende. Die Privatmusiklehrerprüfung des Musiklehrerseminars haben 2 Studierende bestanden.

Stuttgart, 30. Juli. (Zur Erinnerung an das 15. Deutsche Turnfest hat O.B.M. Dr. Strölin an die Geschäftsstelle der Deutschen Turnerschaft Berlin folgendes Schreiben gerichtet: „Am Tage, an dem vor einem Jahr beim 15. Deutschen Turnfest in Stuttgart die ganze deutsche Turnerschaft dem Führer das Treuegelöbniß ablegte, übersehend ich namens der Stadt Stuttgart allen Turnbrüdern und Turnschwestern die herzlichsten Grüße als Zeichen unserer innigsten Verbundenheit. Das Erlebnis der Stuttgarter Turnfesttage wird uns immer wieder an unsere Pflicht gegenüber Führer und Volk erinnern.“ Ferner hat der Oberbürgermeister am Jahrestag des 15. Deutschen Turnfestes an den Reichspräsidenten v. Hindenburg und an Reichskanzler Adolf Hitler ein Schreiben übersandt, in dem er die unwandelbare Treue der Stadt Stuttgart bekundet.

Mürtlingen, 30. Juli. (Auto fährt in Radfahrergruppe.) Am Sonntag abend fuhr ein Mietautobesitzer aus Beuren mit mehreren Fahrgästen zur Bahn. Bei Friedenhausen begegnete ihm eine Radfahrergruppe aus Vinsenhofen. Durch einen Zufall kam das Auto ins Schleudern, wobei sich der Wagen überschlug und direkt in die Radfahrergruppe hineingeworfen wurde. Dabei wurden besonders die mit dem Rad fahrenden beiden Töchter des Landwirts Kirchner aus Vinsenhofen übel zugerichtet. Auch bei den Auto-Inassen gab es verschiedene Verletzte.

Großengödingen, O.A. Neutlingen, 30. Juli. (Brand.) Am Samstag morgen brach im Anwesen des Bauern Wilhelm Steneder Feuer aus. Das Feuer griff mit großer Schnelligkeit auch auf die Scheuer über. Der 77 Jahre alte Besitzer lag noch im Bett und konnte von der Feuerwehr nur schwer herausgeholt werden. Das Anwesen ist vollkommen niedergebrannt.

Dallingen, O.A. Ellwangen, 30. Juli. (Furchbarer Selbstmord.) Hier verübte ein 27-jähriger Landwirt Selbstmord, indem er eine Sprengkapsel in den Mund nahm oder am Hals befestigte und zur Entzündung brachte. Der Kopf wurde dem Unglücklichen vollständig weggerissen.

Grödel, Hoh., 30. Juli. (Unfälle.) Das zweijährige Söhnchen des Bauern Bruno Schneider wurde vom Pferd geschlagen und erlitt neben einer Gesichtsverletzung mehrere Armbrüche. — Der Schuhmachermeister Anton Schäfer fiel von der Oberlenne und brach beide Arme.

Aus Baden

Pforzheim, 30. Juli. (Selbstmord im Eisenbahn-Tunnel.) Im Springer Tunnel wurde heute früh um 5 Uhr eine zerstückelte weibliche Leiche aufgefunden. Es handelt sich um die 33-jährige ledige Pauline Sch. aus Neubulach bei Calw, die hier beschäftigt war. Sie hat sich in vergangener Nacht von einem Nachzuge am östlichen Ausgang des Tunnels überfahren lassen. Der Grund zu ihrer Tat soll in unerträglichen Familienverhältnissen liegen. Eine geisteskrante Schwester soll ihr das Leben verleidet haben.

Pforzheim, 30. Juli. (Tödlicher Verkehrsunfall.) Am Sonntag wurde am Ortseingang in Goblrichen die 12-jährige Else Keller von Pforzheim von einem Kraftfahrzeug angefahren und etwa 18 Meter weit geschleift. Das Kind hatte noch schnell die Straße überschreiten wollen. Auf Veranlassung des Arztes wurde das Kind, das einen Schädelbruch davongetragen hatte, bewußlos nach Pforzheim ins Krankenhaus gebracht. Es ist in der Nacht an den Folgen des Unfalls gestorben.



August

Der Monat der Ernte

Der August oder Ernting, der das Jahr in zwei Hälften zu teilen scheint, wenn er auch der achte in der Reihe der zwölf ist, bedeutet den Höhepunkt im Ablauf eines Jahres, als Monat der Erfüllung und der Reife. Schon werden die Tage kürzer, die Nächte länger, und wie sich die vollen Kornähren, wie sich der Segen der Felder neigt, so neigt sich auch das Jahr. Noch ist goldener Glanz über dem Land. Noch flimmert die Luft und die Bäume stehen in Sonne getaucht. Schon aber fällt der Wind aus dem Himmel und kühlt, erst wie ahnend nur und prüfend, über die Sommerfelder dahin.

Im August reift der Wein, daher wird die Sonne im August noch gebraucht, darum sprechen die alten Bauernregeln in vielfältiger Form von ihrer Kraft. Die prallen Beeren, durchleuchtet von den glühenden Strahlen, reifen den köstlichen Saft. Nicht nur für die Weinernte aber erhofft das Land den Segen der Sonne. Die Kartoffeln brauchen ihn ebenfalls, und das Getreide, das eingeerntet und eingefahren wird, hat nichts so sehr wie Regenströme im August zu fürchten. Der Wind jedoch ist bei den Bauern ein gern gesehener Gast. Besonders der Nordwind genießt einen guten Ruf. „Im August Wind aus Nord, sagt Unbeständigkeit fort“, heißt es in den Bauernkalendern, und an anderer Stelle: „Sind Lorenz und Barthel schön, ist ein guter Herbst vorauszusehn“. Vom August also hängt das Herbstwetter ab. Und auf diesen Trost nach dem Sommer, auf den guten, kühlen, herben, farbenprächtigen Herbst wollen wir doch schließlich nicht verzichten. „Gewitter um Bartholomä bringen Hagel und Schnee“, wird in Bezug auf den August als Wettermacher weiterhin verkündet. Andere Bauernregeln lauten: „St. Petri bis Laurentius heiß, bleibt der Winter lange weiß“. Andere Bauernregeln beziehen sich auf Gebeihen, auf das Wachstum und auf die Feldarbeit: „Was der August nicht kocht, wird der September nicht braten.“ Der Barthelmann hängt dem Hopfen die Dolben an. — Nach Laurenti wächst das Holz nicht mehr. — Je dicker die Regentropfen im August, desto dünner der Wein. — Der Venzl jaltz, der Barthel schmolzt's (gemeint sind die Kartoffeln).

Achtstundens-Segelflug in Höhe von 1500 Metern bei Unterkochen

Das gute Segelflugwetter am Sonntag wurde von einer Reihe von Segelfliegern ausgenutzt. Nach wenigen Versuchen wurde Aufwind-Ausflug erreicht, so daß der Grünenberg sehr rasch überhöht werden konnte. Mehrere Segelflugmaschinen, die sich stundenlang in der Luft hielten, unternahmen einen regelrechten Pendelverkehr zwischen Unterkochen und Himmlingen. Am erfolgreichsten war der Segelflieger Weisheimer, der in einer Höhe von 1500 Meter und einer Startüberhöhung von 800 Meter auf seinem „D-Bushard“ unverdrossen seine Kreise zog und sich nicht weniger als acht Stunden lang in der Luft hielt. Nach seiner Landung am späten Abend wurde er von seinen Kameraden mit großem Jubel empfangen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der neue Oberpräsident von Pommern. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Göring den Gauleiter Schwede zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern zu Stettin ernannt.

Ernst von Wolzogen †. Am Montag starb in München der bekannte Schriftsteller Ernst Freiherr von Wolzogen im 79. Lebensjahr.

Neht Personen im reißenden Testin ertranken. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntag auf dem Testin in der Nähe von Ponte Ticino bei Galliate. Eines der Außenbordmotorboote, die den starken Ausflüßlerverkehr am

Sonntag zu bewältigen haben, hatte anstelle der 10 zugelassenen Fahrgäste über 20 an Bord genommen. Bei Bewegungen der Bootsinsassen floß Wasser über den infolge der Belastung unmittelbar über der Wasserfläche liegenden Bootsrand. Als in der Aufregung einige Insassen im Boot aufsprangen, schlug das Boot um und sämtliche Personen fielen in den reißenden Fluß. 10 Personen konnten lebend ans Ufer gebracht werden. Neht Personen wurden von den Fluten mitgerissen und ertranken.

Flugzeugunglück in Konstanz. Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Montag im Hafen von Konstanz. Ein Wasserflugzeug stürzte aus einer Höhe von 250 Meter ab. Zwei Offiziere und der Bordmechaniker wurden getötet.

Reiseautobus vom Egpzeßzug Paris—Madrid überannt. Der Egpzeßzug Paris—Madrid überannte an einem Bahnübergang bei Briciesca (Provinz Burgos) einen Reiseautobus, der von Madrid zur französischen Grenze fuhr. Der Autobus wurde vollständig zertrümmert. Sechs Fahrgäste waren sofort tot, drei weitere wurden lebensgefährlich verletzt.

Weniger als drei Stunden Flugzeit von London nach Berlin. Die Deutsche Luft Hansa teilt mit, daß ihr auf der Strecke London—Amsterdam—Berlin eingesehtes Junkers „Ju. 52“-Flugzeug am Sonntag für die Reise von London nach Berlin eine reine Flugzeit von zwei Stunden 57 Minuten benötigte. Es ist das erstmal, das auf dieser 1000 Kilometer langen Strecke die Flugzeit unter drei Stunden blieb.

Letzte Nachrichten

Oberbürgermeister Diebel-Nürnberg spricht im Rundfunk über den Reichsparteitag 1934

Nürnberg, 30. Juli. Am Dienstag, den 31. Juli, um 22.20 Uhr spricht im Reichsfunk München der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Diebel, über die Vorbereitungen Nürnbergs zum Reichsparteitag 1934.

Zwangsarbeitslager für „Minderbeteiligte“ in Oesterreich. Wien, 30. Juli. Der Ministerrat beschloß heute ein Bundesverfassungsgesetz, das für sogenannte Minderbeteiligte an den Ereignissen vom 25.—28. 7. die Möglichkeit zur Ueberweisung in ein Zwangsarbeitslager und den Entzug des Vermögens vorsieht.

Tauschig wieder Gesandter in Berlin

Wien, 30. Juli. Bundesamtlich wird mitgeteilt: Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat gestern den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Ingenieur Tauschig, empfangen und teilte ihm mit, es erwiderte ihm mit Rücksicht auf die allgemeine Situation wünschenswert, daß Staatssekretär Tauschig wieder die Führung der Gesandtschaft Berlin übernehme.

Sechs Tote beim Dreschen

Paris, 30. Juli. Auf einem Gut in der Nähe von Riort westlich von La Rochelle kamen infolge einer Explosion einer Dampfmaschine beim Dreschen sechs Personen ums Leben. Die Explosion entzündete das für den Dusch bestimmte Getreide. Die Flammen dehnten sich mit ungeheurer Schnelligkeit auf die Stallungen und das Wohnhaus aus. Viele Personen wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Das Wetter

für Mittwoch

Ueber Mitteldeutschland liegt ein schwaches Hochdruckgebiet, bei Irland eine starke Depression. Für Mittwoch ist da der Hochdruck vorherrschend, zwar zeitweilig bedecktes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter in Aussicht zu nehmen.

Druck und Verlag: W. Riefersche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptvertriebsstelle: L. Kauf. Anzeigenleitung: Gust. Wöhrlich. Altensteig, D.-M. u. L. Nr. 2100



Bekanntmachungen der NSDAP.

NSDAP, Ortsgruppe Altensteig Politische Leiter!

Heute abend um 8 Uhr findet der Sportabend statt, wie am Mittwoch. Zusammenkunft bei der Turnhalle. Stellv. Ortsgruppenleiter.

NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

Der für Samstag vorgesehene Ausflug ins Mondachtal wird schon am Freitag, 3. 7. 34, durchgeführt werden. Anmeldungen sind sofort bei Hg. Wieland vorzunehmen.

NSB. „K. d. F.“, Kreisamt Nagold

Achtung, Fahrt zur Jubiläumsschau nach Berlin!

Bis zum 1. August müssen die Bestellbogen für die Teilnehmer am Sonderzug mit vierstägigem Aufenthalt in Berlin laut Programm in „Jugend und Bewegung“ (Julinummer) bei der Kreisrundfunkstelle abgegeben werden. Wer noch keine Bestellbogen angefordert hat, hole dies sofort nach. Die Fahrt nach Berlin und zurück kostet nur 14,60 M. Jede weitere Auskunft erteilt gerne die Kreisrundfunkstelle der NSDAP, Nagold.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen Kreis Freudenstadt

An alle Ortsgruppen, Stützpunkte, Zellen und Blöcke. Die Anordnung der Gauleitung haben sämtliche Parteigenossen bei den Reichsparteitag eine Sonderumlage zu zahlen. P.g., die am 1. 4. 33 eingetreten sind, zahlen 50 P., die am 1. 4. 34 und später eingetreten sind, zahlen 1 M. Der Betrag ist mit dem jeweiligen Beitrag einzusenden und auf das Postkonto 2400 M. H. B. St. Stuttgart mit dem ausdrücklichen Vermerk „Umlage Reichsparteitag“ einzuzahlen.

Der Amtsleiter für die Hilfskasse:

Achtung Ortsgruppenleiter!

Nach wie vor ereignen sich unzählige Unfälle und Todesfälle im ehrenamtlichen Parteidienst. (Kraftfahr- und Kraftwagenunfälle, Verkehrsunfälle usw.) Es wird daher auf die Pflicht zur vorchriftsmäßigen Meldung und Beitragsüberweisung nachdrücklich hingewiesen.

Bis zum 22. August 1934 müssen sämtliche Mitgliedsbeiträge für den Monat September 1934 auf das Spargkonto Nr. 5000 der Hilfskasse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei München bei der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale), München überweisen werden.

In Ausnahmefällen kann die Beitragszahlung auf das Postkonto München 8817 Hilfskasse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erfolgen.

Die Ortsgruppenleiter werden dringend ersucht, für rechtzeitige und vollständige Einziehung der Beiträge von allen denjenigen, die der Hilfskasse zu melden sind (sämtliche Parteimitglieder, SA., SS.-Männer einschließlich Anwärtern, Mitglieder des NSKK.) zu sorgen, ebenso wie die ordnungsmäßige Abführung der gezahlten Beiträge und die sorgfältige Nachzahlung aller etwaigen Rückstände vorzunehmen ist.

Die Beitragszahlung zur Hilfskasse ist laut mehrfach ergangener Anordnung Adolf Hitlers Pflicht aller Mitglieder. München, den 27. Juli 1934. ges. Geißelbrecht

Der Leiter des Organisationsamtes:

Der Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront gibt bekannt:

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß für Reichs-, Länder- und Gemeindebeamte die zuständige Organisation der Arbeitsfront zu sein hat.

Die DAF nimmt Beamte, welche in den Beamtenbund gehören, als Mitglieder nicht auf.

Beamte, welche Führer von Wirtschaftsbetrieben sind, die nicht unter das Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934 fallen, können auf Antrag die Einzelmemberschaft in der DAF erwerben.

Die Hinzusicherung von Beamten zu den Betrieben der Reichsbetriebsgemeinschaften als ständige Mitglieder dieser Institutionen ist verboten.

Unbeschadet dieses Verbotes können Beamte zu Schulungszwecken Borträge in den Kurzen der Reichsbetriebsgemeinschaften halten.

Die Reichsbetriebsgemeinschaften führen ihren gesamten Behördenverkehr nur über das Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront durch. Heil Hitler! ges: Claus Seljner

Böslingen OA. Nagold, den 31. Juli 1934.

Todes-Anzeige



Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute früh 1/4 Uhr mein lieber, treubesorgter Gatte, unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Jakob Romann

Straßenwart a. D.

im Alter von 71 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die Gattin: Katharine Romann geb. Brenner

Die Kinder: Jakob Romann mit Familie

Adam Romann mit Frau

Martin Romann

Katharine Bäuerle geb. Romann mit Familie

Christine Spitzenberger geb. Romann mit Familie

Marie Romann

Friederike Romann, Enkelkind

Beerdigung Donnerstag mittag um 1 Uhr.

KAISER'S KAFFEE

3 Reklame-Kaffees

- 1 d. Pfd. M 2.80 1/4 Pfd. M -.70
- 2 d. Pfd. M 2.40 1/4 Pfd. M -.60
- 3 d. Pfd. M 2.00 1/4 Pfd. M -.50

Weitere beliebte Sorten in anderen Preislagen.

Kalter Kaffee erfrischt — —
darum gekühlten Kaffee vorrätig halten.

KAISER'S TEE

kräftig u. aromatisch, sorgfältig zusammengestellte Mischungen für jeden Geschmack; lose und in Packungen. Tee — kalt getrunken — erfrischt an heißen Tagen.

ERFRISCHUNGEN

Sommerbonbons, Erfrischungswaffeln, herbe Schokolade, Pfefferminzpralinen, saure Drops, Goleerfrüchte. / Puddingpulver, Kirsch- u. Himbeersyrup.

3%o Rabatt in Marken.

KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

Ein Mann

zur Ernte wird für sofort gesucht.
Georg Kalmbach, Konhard

Für die schönen Ferientage!

- Straßenkarten
- Wanderkarten
- Liederbücher
- Mundharmonika

empfehl die

Buchhandlung Laub
Altensteig

